Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 28 | München, 13. Juli 1928 | 15. Jahrgang

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928 Wochenkalender 5688

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	15	27	
Montag	16	28	
Dienstag	17	29	י״כ קטן
		Aw	
Mittwoch	18	1	ראש חדש
Donnerstag	19	2	
Freitag	20	3	
Samstag	21	4	דברים שבת חזון פרק ב׳

Schwesternbund d. München-Loge

Gemütliche Abende

im Mädchenklub, Herzog-Max-Str. 5/I Rg.

Montag, 8¹⁵ Uhr:
Rhythm. Kurs (Hzg.-Rudolph-Str. 1/p Rg.)

Dienstag von 8—10 Uhr:
Nähen (Kleider, Weißnähen, Handarbeit).

Donnerstag von 7³⁰—8³⁰ Uhr:
Englisch (für Anfänger u. Fortgeschrittene)

Donnerstag von 8³⁰—10 Uhr:
Geselliger Abend (Literat., Biblioth., Musik)

Zu unseren Heimabenden laden wir Mädchen vom 16. Lebensjahre ab herzlich ein. Zutritt frei. Anmeldung bei Frau Studienrat Schaalmann, Tengstraße 37 ●

Das Jüdische Echo

Nummer 28 13. Juli 15. Jahrgang

Boykott

Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher Umwälzungen, die deshalb nicht minder groß sind, weil man sie nicht immer unmittelbar im Alltag des Lebens bemerkt und weil man, eingestellt in das Tagaus, Tagein des Berufs, sich nicht gern darüber Rechenschaft ablegt. Ein hervorragender Wissenschaftler wie Schmalenbach hat noch unlängst erst, wenn auch nicht unwidersprochen, festgestellt, daß das Zeitalter des Hochkapitalismus vorüber sei, daß neue Formen die Wirtschaft beherrschen, neue Systeme der Produktion und ihrer Leitung sich durchsetzen, deren Auswirkungen sich zwar bereits in vielen Einzelheiten geltend machen, die aber in ihrer Gesamtheit schwer zu übersehen sind.

Wie dem auch sei — in der Wirtschaftsstellung der Juden jedenfalls ist in den letzten Jahren eine tiefgreifende Änderung vor sich gegangen, die jeder fühlt und die zahlreiche Juden, vor allem jüdische Angestellte, bereits am eigenen Leibe spüren. Es sei gar nicht davon die Rede, daß einige Berufe, in denen vorwiegend Juden tätig waren, in den Stürmen und Wirren der Inflationszeit einfach untergegangen sind oder sich doch in ihrer Struktur grundlegend umgewandelt haben, wie etwa der gesamte Altmaterialhandel, daß andere Berufe, wie der Viehhandel, der gesamte Kleinhandel auf dem Lande außerordentlichen Schaden gelitten haben, Vorgänge, die einmal von berufener Seite in ihrem ganzen Ausmaße klargestellt werden müßten, — das Vordringen der neuen Organisationsformen in der Industrie, der Großfinanz und dem Großhandel nimmt nicht nur diesen bereits depossedierten Juden die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten im Wirtschaftsprozeß nutzbringend zu verwerten; es verdrängt auch diejenigen, die in diesen zuletzt genannten Wirtschaftszweigen tätig waren. Schon sind manche Berufe geradezu gesperrt. Nicht nur die Beamtenlaufbahn beim Staate und bei den Kommunen steht den Juden nicht mehr offen, auch die großen Konzerne der Industrie, der Banken lehnen die Einstellung von jüdischen Angestellten ab und sie erschweren den selbständigen Juden die Arbeit.

Am schlimmsten liegen die Verhältnisse zweifellos in der Industrie. Von den ausgesprochen antisemitischen Firmen, deren es auch nicht wenige gibt, ganz abgesehen, muß man feststellen, daß heute Juden bei den großen Werken der chemischen Industrie z. B. weder als Chemiker noch als kaufmännische Angestellte unterkommen können, obwohl unter den Leitern der I. G. Farben sich Abkommen von Juden befinden. In der Schwerindustrie, vor allem auch im Bauwesen, ist es nicht anders. Fast überall stellt man bei Anstellungsverhandlungen die Frage nach der Konfession, die meist nichts anderes bedeutet als „Juden werden nicht angenommen". So ist es z. B. bei den Siemens-Schuckert-Werken und auch die Tatsache, daß deren Leiter Karl Friedrich von Siemens vor kurzem noch zu den Führern der Demokratie gehörte, vermag an diesem Zustand nichts zu ändern. Eine geradezu groteske Beleuchtung hat dieser eigenartige Geist, der in der deutschen Industrie zu herrschen scheint, auch in dem Schachtyprozeß gefunden, der jetzt zu Ende gegangen ist. Der Angeklagte Otto, ein leitender Ingenieur der AEG., wurde da vom Staatsanwalt, der die politischen Ansichten des Angeklagten klarstellen und ihn über seine Tätigkeit während der Kriegszeit ausholen wollte, gefragt, ob er als Mittel der Schwächung der russischen Front auch Judenpogrome begrüßt hätte und er antwortete „Natürlich!" Ein Mann also, der angestellt ist bei einer von dem Juden Emil Rathenau gegründeten, von den Juden Walter Rathenau und Felix Deutsch ausgebauten Gesellschaft scheut sich nicht, ganz offen zuzugeben, daß ihm gegen die Juden jedes Mittel, auch Mord und Totschlag, recht ist. Wie muß ein solcher Mann sich erst verhalten, wenn er bei einer nicht von Juden geleiteten Firma über die Anstellung von Juden zu entscheiden hat?

Im Bankwesen sieht es zwar nicht ganz so schlimm aus; aber auch hier scheint es, als ob wir noch recht unangenehme Dinge zu erleben hätten. In den Großbanken werden nur wenige jüdische Angestellte beschäftigt; die Reichsbank stellt nach Angabe von M. A. Loeb in der C.-V.-Zeitung Juden als Beamte überhaupt nicht oder nur in so vereinzelten Fällen an, daß sie nicht in Betracht kommt. Ebenso sei es bei der Frankfurter Bank, die prinzipiell keine Juden anstelle, obwohl sich ihr Aktienkapital zum großen Teil in jüdischen Händen befinde und ihre Kundschaft zu noch weit erheblicherem Teile aus Juden sich zusammensetze.

Diese Beispiele könnten von guten Kennern der Wirtschaft sicherlich leicht vermehrt werden. Die angeführten sind jedoch typisch und genügen vollauf, um zu zeigen, daß die Situation für die jüdische Gesamtheit bedrohlich ist. Dazu kommt noch, daß man bisher zwar in sehr vielen Fällen bereits nach dem Prinzip gehandelt hat, ohne sich indessen immer ganz klar über die Tragweite einer solchen Handlungsweise zu sein; in der neuesten Zeit wird jedoch, vor allem in Österreich, wo wegen der mangelnden Ausgeglichenheit des Wirtschaftsgebietes der Konkurrenzkampf noch viel schärfer ist und im deutschen Mittelstand der Boykott gegen die Juden geradeheraus gepredigt.

Was kann man nun dagegen unternehmen? Große öffentliche Proteste werden wenig nützen; denn schließlich leben wir ja in einer „freien" Wirtschaft und nach dem geltenden Gesetz kann man niemanden verbieten zu kaufen wo er mag und zwingen, da zu kaufen wo er nicht will (das können nur die großen Kartelle — infolge ihrer wirtschaftlichen Macht). Hilfe kann nur kommen aus dem jüdischen Zusammenschluß; aus dem bewußten Einsatz des vorhandenen jüdischen Einflusses — auch wenn dieser objektiv genommen

nicht eben groß und ganz gewiß nicht so groß ist, wie die Völkischen phantasieren. Auf diesem Wege dürfte doch manches zu erreichen sein. Durch jüdische Arbeitsnachweise, deren Ausbau dringendstes Gebot ist, wird man Stellen für Juden bei jüdischen Arbeitgebern finden können, man wird dafür sorgen müssen, daß der jüdische Konsum nicht solchen Firmen zugute kommt, die sich weigern jüdisches Personal einzustellen. Unter Umständen wird man auch da eingreifen müssen, wo jüdische Arbeitgeber aus Gründen, die hier nicht näher untersucht sein sollen, nichtjüdische Hilfskräfte bevorzugen und Juden, wenn nicht ausschließen, so doch möglichst fernhalten.

So ist es durchaus zu begrüßen, daß die Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde sich mit dieser Frage beschäftigt und nach einer eingehenden Aussprache beschlossen hat, einen Ausschuß einzusetzen, der gemeinsam mit dem Gemeindevorstand weitere Schritte unternehmen soll. Es wird allerdings schwierig sein, auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen, wenn es auch nicht ganz ausgeschlossen ist; auch die bestgemeinte Arbeit vermag freilich nicht die unnormale Situation der Juden im Galuth zu einer normalen zu machen. Das Roschersche Gesetz, das der Begründer der historischen Nationalökonomie im Jahre 1878 bereits formuliert hat, und das besagt, daß die Juden im Laufe ihrer Geschichte stets in dem Moment aus den von ihnen innegehabten wirtschaftlichen Funktionen verdrängt worden seien, in dem die nichtjüdischen Nationen imstande waren, diese selbst zu erfüllen, scheint eben auch heute in mancher Beziehung noch wirksam zu sein. Und so dürfte sich auch hier die Hoffnung auf ein Abflauen des Antisemitismus als eitel erweisen; solange die Juden im Galuth leben, müssen sie ihr Geschick tragen — es mannhaft zu tun, die gemeinsame jüdische Front nicht feige zu verlassen und für eine endgültige Befreiung zu arbeiten, das sind Forderungen, die man deshalb an jeden einzelnen Juden stellen muß, und nur ihre Erfüllung kann den Bestand des jüdischen Volkes sichern. I. E.

Berliner Brief

Berlin, 8. Juli 1928.

(Der Etat der jüdischen Gemeinde — Vanderveldes Besuch)

Sehr viele wichtige Ereignisse, darunter solche von wirklicher Bedeutung, vollziehen sich nicht unter Donner und Blitz, sondern in kaum merklichem, friedlichem Ablauf. Ein solches Ereignis im Leben der großen Berliner Judengemeinde (und damit auch der gesamten deutschen Judenheit) ist die Verabschiedung des Etats der Berliner Gemeinde für das Jahr 1928 gewesen. Mehrere Jahre waren die Verhältnisse in Berlin dermaßen, daß eine ordnungsmäßige parlamentarische Erledigung dieser wichtigsten Aufgabe der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertreter der Berliner Judenheit nicht möglich war. Man muß sich in Erinnerung zurückrufen, daß in den Jahren der Inflation die Finanzen der Jüdischen Gemeinde in eine vollkommene Deroute gerieten. Durch die Entwertung der Valuta und der zahlreichen Stiftungen, aus deren Mitteln viele wichtige Institutionen erhalten wurden, war es nicht möglich, irgendeinen Plan aufzustellen und innezuhalten, war es nicht möglich, auch nur die nötigsten Verwaltungsreformen durchzuführen; und es war vor allem unmöglich, notnotwendige Neubauten in Angriff zu nehmen. Wenn in jener kritischen Zeit ausländische jüdische Organisationen und zum Teil auch Staat und Reich nicht helfend eingegriffen hätten, so wären die Kranken in den Krankenhäusern, die Insassen der Altersversorgungsheime, die Zöglinge der Waisenhäuser ohne Nahrung und die vielen hundert Beamten und Angestellten der Gemeinde ohne Lohn geblieben. Nach den Jahren der Inflation war es auch nicht sofort möglich, zu einer Stabilisierung der Finanzen und der Verwaltung zu gelangen. Im Jahre 1925 konnte die damalige liberale Mehrheit, knapp vor Ausschreibung der Neuwahlen, auch nicht die Verantwortung für einschneidende Reformen übernehmen, ja noch mehr, sie sah sich außerstande, der Zerrüttung in den finanziellen Verhältnissen einen Riegel vorzuschieben. Und so war sie heilfroh, als sich der Zionist Georg Kareski bereit erklärte, die Verantwortung für die Finanzen der Gemeinde Berlin zu übernehmen. Selbstverständlich mußte sich Kareski zunächst auf die Stabilisierung des Vorhandenen beschränken und konnte, da er für seine eigenen Pläne keine Mehrheit bei den Liberalen hatte, nicht daran gehen, von der finanziellen Seite her an die Erfüllung der Gemeindeaufgaben zu schreiten, wie es dem Programme der jüdischen Volkspartei gemäß gewesen wäre.

Dann kamen die Wahlen im Jahre 1926. Sie hatten zum Ergebnis die Vernichtung der liberalen Mehrheit. Aber die seit vielen Jahrzehnten an Alleinherrschaft gewöhnten Liberalen inszenierten jene Tragikomödie der Protestaktion, welche den Zusammentritt der neuen Repräsentantenversammlung um anderthalb Jahre verzögerte. Seit neun Monaten ist die neue Mehrheit am Ruder, und der am 28. Juni erledigte Etat ist ein Ausdruck der neuen Verhältnisse in der Berliner Jüdischen Gemeinde und läßt zu gleicher Zeit in Zahlen den Kurs der neuen Mehrheit erkennen, in welcher die Zionisten führend sind.

Dieser Etat beläuft sich auf mehr als zehn Millionen Reichsmark, ohne die in den Bezirken für Wohlfahrtszwecke aufgebrachten Beiträge. Der Etat basiert auf einer Steuerleistung von zehn Prozent der staatlichen Einkommensteuer, welcher Prozentsatz beibehalten wird, trotzdem die Katholiken und Protestanten in Berlin eine weit höhere Kirchensteuer einfordern. In den einzelnen Posten der verschiedenen Verwaltungszweige wirkt sich bereits die Beamtenbesoldungsreform aus. Man findet im Etat zum ersten Male Positionen für ein gesondertes Jugendamt. Auch die Kosten der übrigens hauptsächlich im Anleihewege in Bau genommenen neuen Synagogen und Altersheime finden im Etat ihren Niederschlag. Darüber hinaus sieht man im Etat bereits Ansätze zur Inangriffnahme einer ganzen Reihe von sozialen und kulturellen Aufgaben, besonders des Ausbaus des jüdischen Schulwesens.

Interessant ist, daß der von der neuen Mehrheit, in erster Linie aber vom Finanzdezernenten Kareski angenommene Etat von den Liberalen gemeinsam mit der Blockmehrheit einstimmig angenommen wurde. Wie hatten die Liberalen während und nach der Wahl über die sicherlich kommende Mißwirtschaft in der Berliner Jüdischen Gemeinde gejammert? Haben sie nicht mit dem Austritt der steuerkräftigsten Gemeindemitglieder gedroht, um zu verhindern, daß gutes liberales Geld von den bösen Zionisten vergeudet

werde? Und nun haben die Liberalen dem Etat der neuen Mehrheit zugestimmt. Wenn sie auch für die Ehre der Fahne in der Generaldebatte unentwegt und unbeirrbar von ihren liberalen Prinzipien sprachen, durch ihre Abstimmung aber schlossen sie sich rücksichtslos dem neuen Kurse an, der unleugbar in dem Haushaltplan seinen Niederschlag findet. Ein altes jüdisches Sprichwort sagt, daß Lehrer und Schüler zusammen sehr viel können, der Lehrer auf sich selbst gestellt, kann auch viel; der Schüler, sich allein überlassen, kann jedoch nichts. Von den Zionisten gezogen, sind auch die liberalen Assimilanten in vielen sachlichen Dingen sehr vernünftig. Sie sind für jüdische Erziehung, sie sind für jüdische Sportbewegung, sie betätigen den Klallgedanken — wenn sie die Zionisten ein bißchen anfeuern. Dann aber schreiben sie in ihren Zeitungen, daß die Zionisten eigentlich nichts machen, was die Liberalen nicht auch machen würden. Es wäre jedoch verfehlt, es auf eine Probe in dieser Hinsicht ankommen zu lassen. Die Liberalen sind ja durchaus brauchbare Leute, aber nur wenn sie in der Minderheit sind.

Wir haben in Berlin viele interessante Besucher gehabt, die speziell zu dem Zwecke gekommen waren, um die jüdische Öffentlichkeit im Sinne der Mitwirkung an den Aufgaben des Aufbauwerkes in Palästina zu beeinflussen. Der interessanteste Besucher ist aber zweifellos der belgische Außenminister Vandervelde gewesen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens handelte es sich bei diesem international bekannten Politiker um eine Persönlichkeit ganz eigener Prägung, zweitens aber stach das, was er zur Judenfrage und zum Palästinawerk zu sagen hatte, so sehr vom Landläufigen ab, daß es sich auf die Höhen größter historischer Perspektive erhob. Vandervelde ist zweifellos Repräsentant des wahren Fortschritts und ein Künder einer friedlicheren, freundlicheren Menschheitszukunft. Wenn nun ein derartiger Mann sich bewogen fühlt, in der Öffentlichkeit als Nichtjude, führender Sozialist und Internationalist, dem Geist des Judentums Bewunderung, Dank und Anerkennung zu zollen und das Werk der jüdischen Wiedergeburt als einen Ausdruck höchsten menschlichen Fortschritts zu feiern, so bedeutet diese Handlung für uns Juden einen Trost, der uns über die Nöte des jüdischen Alltags und über die Schwierigkeiten unserer Arbeit erhebt. Im Munde Vanderveldes wurde das Gewissen der gesitteten Menschheit lebendig, die für große Leistungen Verständnis hat und die sich darum sagen muß, daß die Sache der jüdischen Wiedergeburt eine Sache der Menschheitskultur ist. Vandervelde drückte das geradezu klassisch aus: „Die drei bedeutendsten geistigen Emanationen der Gegenwart“, sagte er, „sind die Lehren von Bergson, Freud und Einstein, alle drei sind Juden. Auf zwei Säulen ruht unsere abendländische Kultur: auf Athen und Jerusalem. Wer vermöchte da nicht die größte Sympathie zu empfinden, wenn das Volk, dem die drei genannten Männer angehören, sich anschickt, eine Säule der Menschheitskultur neu zu fundieren...“ So spricht der Nichtjude Vandervelde. Aufrichtig gesagt, diese Zustimmung erscheint uns für die Sache des Zionismus viel bedeutsamer als die Ablehnung des Färbereibesitzers Georg Mecklenburg aus der schönen sächsischen Stadt Chemnitz. s. n.

Und immer wieder Friedhofschändungen

57 — Ibbenbüren in Westfalen

Berlin, 5. Juli. (JTA.) In Ibbenbüren in Westfalen ist der jüdische Friedhof zum dritten Male von Verbrechern heimgesucht worden. Nachdem einmal Schulknaben, das zweitemal Soldaten Grabsteine auf dem einsamen Friedhof der kleinen Gemeinde während des Krieges beschädigt hatten, sind nun am 24. Juni fünf Grabsteine, darunter ein Kindergrab, umgeworfen und teilweise zerstört worden. Die Polizeiverwaltung, die sofort mit aller Energie die Verfolgung der Täter aufgenommen hat, hat eine Belohnung von 50 RM., die, wie wir hören, in den nächsten Tagen noch beträchtlich erhöht werden soll, auf ihre Ergreifung ausgesetzt. Dies ist der 57. Fall der Schändung jüdischer Friedhöfe, der bekannt wird.

58 — Kaiserslautern

Berlin, 10. Juli. (JTA.) In der Nacht zum 7. Juli wurden — wie der „Vossischen Zeitung“ telegraphiert wird — auf dem jüdischen Friedhof zu Kaiserslautern in der Pfalz über 30 Grabsteine umgeworfen und die sorgfältig gepflegten Gräber demoliert. Staatsanwalt und Polizei bemühen sich, die Täter festzustellen. Dies ist die 58. Grabschändung der letzten Jahre.

Die Friedhofschändungen scheinen sich als die bequemste Art des völkischen „Helden“tums einzubürgern. Tote können sich ja nicht wehren und die Polizei ist meistens weit. Über die unglaubliche Verworfenheit einer Gesinnung, die noch am Toten ihren Mutwillen auslassen möchte, braucht kein Wort gesagt zu werden; daß es aber den

zuständigen Instanzen noch nicht gelungen ist, dieses Übels Herr zu werden, ja daß man in vielen Fällen nicht einmal die Täter entdeckt hat, ist ein betrüblicher Zeichen für die Durchschlagskraft der getroffenen Maßnahmen. Es wäre Aufgabe der ganzen Öffentlichkeit, sich gegen diese Kulturschande zur Wehr zu setzen und sie endlich unmöglich zu machen.

Um den Bericht der Jewish-Agency-Kommission

Radikale Zionisten und zionistische Arbeiterparteien für Abhaltung eines Winterkongresses zur Lösung der Agency-Frage

Berlin, 5. Juli. (JTA.) Am 14. und 15. Juli findet in Berlin eine Sitzung des Zentralkomitees der Vereinigung radikaler Zionisten statt, zu der auch Delegierte der verschiedenen Landesgruppen erscheinen werden. Es werden Vertreter aus Polen, Galizien, Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien und der Bukowina teilnehmen.

Die Vereinigung radikaler Zionisten beabsichtigt, im Aktionskomitee den Antrag auf Einberufung eines zionistischen Kongresses für den Anfang des Winters zu stellen, der die Entscheidung in der Agency-Frage bringen soll.

Wie wir hören, wird dieser Gedanke der Einberufung eines Winterkongresses auch in den Kreisen der zionistischen Arbeiterparteien lebhaft erörtert.

Dr. Soloweitschik, ein Führer der radikalen Zionisten, kündigte in der „Jüd. Rundschau" erbitterten Kampf der Radikalen gegen den ihnen zugemuteten „Verrat an wertvollsten Prinzipien unseres Aufbaus" an.

Jabotinsky will ein Ultimatum stellen

Wien, 6. Juli. (JTA.) Der Schöpfer der Partei der Zionisten-Revisionisten, Wladimar Jabotinsky, richtete an den Herausgeber des radikal-zionistischen Organs, „Die Neue Welt", Robert Stricker, ein Schreiben, das als schonungslose Kampfansage gegen die Idee der Erweiterung der Jewish Agency anzusehen ist. Für ihn bedeutet eine Agency-Erweiterung den Untergang der Zionistischen Organisation. Was gedenkt ihr zu tun, fragt Jabotinsky. „Man spreche nur nicht von einer fait accompli; die erweiterte Agency existiert noch nicht, und wir haben noch genug Zeit, wenn wir handeln wollen. In voller Erkenntnis der Sachlage behaupte ich, daß es noch 10 oder 20 Wege gibt, die erweiterte Agency vor ihrer Geburt entweder harmlos zu machen oder zu töten... Wenn das ‚Erweiterungs'-Unglück wirklich eines bösen Morgens zum fait accompli werden sollte — was dann? Wird die Opposition ‚loyal' und ‚konstitutionell' weiter in der macht- und inhaltslosen Leiche der Zionistischen Organisation bleiben? An Kongressen teilnehmen, die nichts befehlen und nichts verbieten können? Sich um die Wahl von Exekutiven streiten, die nichts ohne Erlaubnis von Außenstehenden anfangen dürfen?"

Jabotinsky schließt: „Meinen Standpunkt kann ich ganz klar definieren: ein dem Assimilantentum unterworfener Kongreß ist kein Platz für Zionisten. Bei Konflikten von solcher prinzipieller Schärfe verstehe ich nicht eine ‚Opposition', die seelisch von vorneherein bereit ist, sich doch zu fügen... Bei solchen Konflikten heißt die konstitutionelle Pflicht jedes Getreuen: Bruch und Revolution. Wird die Zionistische Organisation vernichtet, so muß eine neue Zionistische Organisation entstehen."

Jabotinsky erklärt, er schreibe in seinem eigenen Namen, werde aber diesen Standpunkt auch in den Beratungen seiner Partei mit allem Nachdruck vertreten. Er glaubt, daß man sich auf wirtschaftlichem Gebiete einigen könne und schließt: „Die Opposition muß in dieser Frage selbständig handeln und dabei klar feststellen, daß ihr Veto ein Ultimatum ist."

Die Stellungnahme der englischen Zionisten

Am 8. d. M. fand in London die Jahreskonferenz der English Zionist Federation statt. Der Konferenz wurden eine Reihe von Resolutionen vorgelegt, unter denen für eine weitere Öffentlichkeit besonders die Stellungnahme zum Bericht der Agency-Kommission interessant ist, weil daraus hervorgeht, daß auch dort die Anschauung besteht, es könne sich bei dem Bericht nicht um ein bedingungsloses Ja oder Nein handeln, sondern man könne zu dem sachlichen Vorschlag der Kommission auch Gegenvorschläge und Abänderungsanträge einbringen. Die Resolutionen lauten:

1. Die Konferenz begrüßt die Schritte, die zur Durchführung der Beschlüsse des XIV. und XV. Zionistenkongresses betreffend Bildung einer erweiterten Jewish Agency eingeleitet worden sind.

2. Die Konferenz drückt ihre allgemeine Befriedigung mit dem Bericht der Joint Palestine Commission aus, da dieser den deutlichen Wunsch nach Zusammenarbeit aller Kreise des jüdischen Volkes beim Aufbau des Jüdischen Nationalheims erkennen läßt. Die Konferenz vertraut darauf, daß dies zu einer gesteigerten Teilnahme aller Juden und zu einem beschleunigten Tempo des jüdischen Wiederaufbaus in Palästina führen wird.

3. Die Konferenz nimmt mit Befriedigung die von der Kommission ausgesprochenen Meinungen über die zionistischen Leistungen in Palästina und die hoffnungsvollen Aussichten ihrer Entwicklung zur Kenntnis und begrüßt die konstruktiven technischen Vorschläge, die von der Kommission auf Grund der Expertenberichte gemacht werden.

4. Die Konferenz schließt sich ferner den Ansichten der Kommission in bezug auf die Pflich-

ten der Palästinaregierung und Mandatarmacht an.

5. Die Konferenz wünscht jedoch die Aufmerkkeit auf folgende Punkte zu lenken, die für die Interessen des Jüdischen Nationalheims lebenswichtig sind.

a) Es ist wesentlich, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina vergrößert und sowohl von der Jewish Agency als auch von der Palästinaregierung ermutigt wird. Den Einwanderern, und zwar sowohl den Arbeitern als auch den Bemittelten, sollen die notwendigen Erleichterungen zur Einwanderung und Niederlassung gewährt werden. Daher ist die Konferenz der Meinung, daß der in dem von der Kommission vorgeschlagenen Budget für Immigration ausgesetzte Betrag unzureichend ist.

b) Die Konferenz glaubt, daß die vorgeschlagene Kolonisationspolitik sogar als vorübergehende Maßnahme unerwünscht ist, da sie nicht nur die Entwicklung Palästinas hemmen, sondern auch die finanzielle Unterstützung des jüdischen Volkes beeinträchtigen könnte.

c) Zu der Ablehnung künftiger Errichtung von Kwuzoth bemerkt die Konferenz nachdrücklich, daß diese Form landwirtschaftlicher Siedlung die Opferbereitschaft und Hingabe der Chaluzim sowie die Bewunderung von jüdischen und nichtjüdischen Freunden der Bewegung hervorgerufen hat, und daß die weitere Errichtung von Kwuzoth, unter den durch ökonomische Erwägungen notwendig erachteten Sicherungen, gestattet und unterstützt werden soll.

d) Mit Bezug auf die Landesreserve, die von der Jewish Agency gesichert werden soll, abgesehen von den Böden des Jüdischen Nationalfonds, ist die Konferenz der entschiedenen Meinung, daß solcher Boden nur unter Sicherungen weiterverkauft werden darf, die garantieren, daß der Boden in jüdischen Händen bleibt und die Interessen des Nationalheims beachtet werden.

e) Die Konferenz ist der Ansicht, daß das Minimum-Budget von £ 1 000 000 unzureichend ist und weder der Größe der Aufgabe, noch den auf die erweiterte Jewish Agency gesetzten Hoffnungen entspricht.

f) Die Konferenz würde auch eine klarere Angabe über die geplanten Maßnahmen begrüßen, die ergriffen werden sollen, um auch nur das in dem Bericht vorgeschlagene Minimum-Budget zu sichern.

Die Konvention der amerikanischen Zionisten beendet

Lipsky wiedergewählt

Neuyork, 6. Juli. (JTA.) Am Mittwoch, dem 4. Juli, ging die Jahreskonvention der amerikanischen Zionistischen Organisation, wohl die bewegteste in der zionistischen Bewegung Amerikas, zu Ende. Mit geringen Änderungen ist die bisherige, von Louis Lipsky geführte Administration an der Macht geblieben. Vor der Abstimmung über die Wiederwahl Lipskys, die bekanntlich mit übergroßer Mehrheit erfolgt ist, verlas Rabbiner Max Heller (Neu-Orleans) namens einer großen Delegiertengruppe eine Erklärung, in der Lipskys Führerqualitäten hervorgehoben wurden. Esra Schapiro aus Cleveland, der den Wahlantrag einbrachte, nannte Lipsky einen „demokratischen Prinzen in Israel". Lipsky dankte bewegt für seine Wiederwahl und sagte, er sei entschlossen gewesen, das Amt eines Präsidenten nicht wieder anzunehmen, aber die während der Konvention vor sich gegangene Entwicklung habe ihn umgestimmt. Er appellierte an die Delegierten, Einigkeit und Harmonie zu pflegen und persönliche Erbitterung in den Hintergrund treten zu lassen.

Die Jewisch-Agency-Frage war das einzige außeramerikanische Problem, über das debattiert und abgestimmt wurde. Dr. Stephen S. Wise sagte, der Bericht sei im Anfang gut, aber das sei auch alles. Er wiederholte seine auf dem Kongreß gemachten Ausführungen über die Pflichten der Mandatarregierung gegenüber dem Aufbau des jüdischen Nationalheims in Palästina und kündigte an, er werde in den Sitzungen des Aktions-Komitees, die am 19. Juli in Berlin beginnen, eine oppositionelle Haltung einnehmen.

Im Namen der palästinischen Arbeiterschaft übte das poalezionistische A.-K.-Mitglied Mereminsky Kritik an dem Bericht der Joint Palestine Survey Commission.

Abgeordneter Goldberg und Maurice Samuel befürworteten die eingebrachte Resolution, die sich für die Politik Dr. Weizmanns erklärt, woraufhin die Resolution zur Annahme gelangte.

Ein auf fünfzehn Personen bestehendes Finanzkomitee unter der Führung von A. Liebowitz aus Neuyork und ein fünfundzwanziggliedriges Administrativkomitee, das sich in der großen Mehrheit aus den bisherigen Mitgliedern zusammensetzt, wurde gewählt. Gewählt wurden u. a. auch Maurice Samuel und Abg. Goldberg, gegen deren Wiederwahl die Opposition und auch Dr. Wise energisch ankämpften.

Bei der Wahl eines Präsidenten der Exekutive spielten sich wiederum stürmische Szenen ab. Der Permanenzausschuß schlug Elihu D. Stone aus Boston für dieses Amt vor. Die Opposition protestierte laut gegen Stones Wahl, weil er jene Vorversammlung leitete, die die Wiederwahl Lipskys beschloß. Schließlich wurde Stone mit 136 gegen 79 Stimmen gewählt.

Die Konvention bestätigte sodann das Budget der Administration für die nächsten 16 Monate in der Höhe von 180 266 Dollar.

Die Hadassah-Tagung in Pittsburg in Harmonie beendet

Neuyork, 3. Juli. (JTA.) Die in Pittsburg stattgefundene Jahreskonvention der zionistischen Frauen- und Mädchen-Organisation Hadassah ging im Geiste der Freundschaft und der gegenseitigen Verständigung zu Ende. Die Besetzung des Büros erfolgte gemäß der am Tage vorher vorgenommenen Nominierung wie folgt: Ehrenpräsidentin Miss Henrietta Szold, Ehrenvizepräsidentin Frau Nathan Strauß, Präsidentin Frau Irma Lindheim, Vizepräsidentinnen Frau Robert Szold, Miss Pearl Franklin und Frau David de Sola Pool, Schatzmeisterin Frau Dorothy Lefkowitz, Sekretärin Miss Judith Epstein. Frau Lefkowitz erklärte, die Wiederwahl als Schatzmeisterin nicht annehmen zu können, woraufhin Frau David Greenberg-Mountvernon zur Schatzmeisterin gewählt wurde.

Der neue Oberkommissar von Palästina

Sir John Robert Chancellor

London, 8. Juli. (JTA.) Das britische Kolonialamt hat soeben die Ernennung von Sir Robert Chancellor, dem bisherigen Gouverneur und Oberbefehlshaber von Süd-Rhodesien, zum Oberkommissar von Palästina an Stelle des im Herbst d. J. aus seinem Amte scheidenden Feldmarschalls Lord Plumer offiziell bekanntgegeben.

London, 5. Juli. (JTA.) Lt.-Colonel Sir John Robert Chancellor, der zum Oberkommissar für Palästina an Stelle des aus seinem Amte scheidenden Feldmarschalls Lord Plumer ausersehen ist, steht jetzt im 58. Lebensjahre. Seit 1923 ist er Gouverneur und Oberbefehlshaber von Süd-Rhodesien, 1896 trat er den Royal-Ingeneers bei, machte 1926 die Dongola-Expedition, 1897—98 die Tirah-Expedition mit. Er zeichnete sich in den Kämpfen aus, wurde in mehreren Telegrammen erwähnt und mit der Medail with dree clasps und dem Distinguished Service Order ausgezeichnet. Er wurde dann Stabskapitän des Nachrichtenamtes des Kriegsministeriums, dann Assistent Secretary beim Komitee für Reichsverteidigung, dann Sekretär beim Colonial Defence Committee, später Gouverneur und Oberbefehlshaber von Mauritius, darauf von Trinidad und Tobago.

Zur Ernennung des neuen Oberkommissars bemerkt die „Jüd. Rundschau“:

„Der Name des neuen Oberkommissars, der als ein äußerst tüchtiger Administrator geschildert wird, dessen Abgang, wie die ‚Times‘ feststellt, in Rhodesien sehr bedauert wurde, ist in jüdischen Kreisen ebenso unbekannt, wie es vor drei Jahren Lord Plumer war. Es wird zweifellos Gelegenheit sein, den neuen Oberkommissar mit der Eigenart des zionistischen Problems bekanntzumachen. Er ist kein Politiker, sondern ein Beamter, der gewohnt ist, die Intentionen und das Programm der Zentralregierung weisungsgemäß durchzuführen.

Palästina sieht sehr ungern Lord Plumer scheiden, der es verstanden hat, durch seine ruhige Sachlichkeit und sein warmes Verständnis für die Eigenart der palästinischen Aufgabe sich in hohem Maße die Sympathie der Bevölkerung zu erwerben. Plumers Amtsführung fällt zusammen mit einer sehr schweren und kritischen Zeit des jüdischen Aufbauwerkes. Er hat dieses Werk und die Sache, der es dient, erst nach seiner Ernennung, im hohen Alter, kennengelernt, aber er zeigte bald großes Verständnis und Hilfsbereitschaft. Plumer erkannte, daß eine solche Unternehmung wie die jüdische Kolonisation Schwankungen ausgesetzt sein muß und daß die Regierung nicht dazu da ist, untätig zuzuschauen und Erfolge sowie Fehlschläge zu konstatieren, sondern aktiv einzugreifen und den Menschen, die das Land aufbauen wollen, zu helfen. Obwohl zugleich mit Plumer auch der zweithöchste Beamte, der Chefsekretär gewechselt hat, ist anzunehmen, daß in der Kontinuität des eingeschlagenen Regierungskurses keine Änderungen eintreten werden.“

Aus der jüdischen Welt

Neuorganisation der jüdischen Geschichts- und Literaturvereine — Eine „Zentralstelle für jüdisches Bildungswesen“

Berlin, 4. Juli. (JTA.) Am 31. Mai 1928 fand der Delegiertentag des Verbandes der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland statt. Aus dem schwachen Besuch der Tagung (nur 19 Delegierte aus dem ganzen Reiche waren anwesend) war der Schluß zu ziehen, daß die einst so blühenden Literaturvereine gegenwärtig nur ein Schattendasein führen. Daher drehte sich im Anschluß an den Bericht des Verbandsvorsitzenden, Professor Elbogen, und an das Referat des Herrn Rabbiner Dr. Neufeld (Elbing) über die Tätigkeit des Bezirksverbandes Ostpreußen die Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, um die Frage, ob die Zeit der Literaturvereine vorbei sei, oder ob bei intensiver Arbeit die Möglichkeit bestände, die Vereine neu zu beleben. Einmütig wurde am Schluß der ausführlichen Debatte festgestellt, daß eine Neuorganisation der Literaturvereine sofort in Angriff genommen werden müßte. Der Verband solle zu einer „Zentralstelle für das jüdische Bildungswesen“ ausgebaut werden, welche den Gemeindevereinen (für Gemeindeabende) und sonstigen jü-

dischen Organisation Gruppenredner für Vorträge zur Verfügung stellt. Wanderbibliotheken und Kulturfahrten sollten dafür sorgen, daß das jüdische Leben in kleinen und kleinsten Gemeinden nicht erstarre. Ein Antrag des Bezirksverbandes Ostpreußen verlangt, daß die Vorstände der großen und mittleren Gemeinden eindringlich auf die Bedeutung der Literaturvereine im Gemeindeleben und auf die Notwendigkeit der Gründung solcher, wo sie noch nicht bestehen, hingewiesen werden sollten. Ein weiterer Antrag Ostpreußen verlangt die Bildung von Delegiertenverbänden, zunächst in Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Norddeutschland, Mitteldeutschland, und Schlesien und die Beauftragung geeigneter Persönlichkeiten, die Vorarbeiten baldigst in Angriff zu nehmen. Von allen Rednern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der preußische Landesverband die Literaturvereine in Zukunft durch Subventionen unterstützen möge.

In den Vorstand wurde Studienrat Dr. Paul Michaelis (Berlin) neu gewählt, der sich besonders den Organisationsarbeiten widmen wird. Ein Jahrbuch wird der Verband 1928 nicht herausgeben, dafür bereitet er für 1929 ein Mendelssohn-Gedenkbuch vor.

Ludendorff entdeckt die Verjudung der Studentensitten

Berlin, 5. Juli. (JTA.) Unter der Überschrift: Der „Landesvater — ein Judenhohn“, veröffentlicht General Ludendorff in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Wochenschau“ einen Aufsatz, in welchem er den Komment der deutschen Studentenschaft als „jüdisch“ bezeichnet. Einer der beliebtesten Studentenbräuche ist der „Landesvater“, eine patriotische Demonstration, bei der die Mütze durchstochen wird. Ludendorff schreibt darüber:

„Aus Wilhelm Tell wissen wir, daß der Hut ein Symbol des Landesherrn ist. Dieser Hut stellt ihn in Abwesenheit bildlich dar. Genau so wie nun in den schwarzen Logen die Brr. die Augen auf Bildern freimaurerischer Feinde durchbohren, so durchbohrt hier der junge harmlose deutsche Student, indem er den Couleur-Hut durchbohrt, bildlich mit der gereichten Waffe seinen Landesherrn in absentia. Deshalb heißt das Loch in der Mütze, das als Stich dem Landesherrn gilt, der ‚Landesvater‘. ‚Die Stelle des Stiches in die Mütze, die Stelle des angedeuteten Mordes am Landesherrn wird in goldenen oder silbernen Fäden, die den metallenen Lohn andeuten sollen, mit einer Stickerei verziert. So ehrt, im Sinne der ‚Alten Pflichten‘ der Freimaurerei das Ritual, der ‚Landesvater‘, den in der französischen Revolution gelehrten Fürstenmord, es ehrt ihn als Sinnbild der Verschwörung gegen eine völkische Staatsgewalt.‘ .....‚Antworten doch Hochgradfreimaurer bei der Aufnahme auf die Frage: Wo ist dein Vaterland? stolz: Mein Vaterland ist Judäa. Dieser Begriff des Vaterlandes, der schon zur Zeit der Dichtung für die jüdische Weltrepublik arbeitete, liegt dem ‚Landesvater‘ zugrunde... Will der deutsche Student sich weiter durch den Juden und seine Mitarbeiter in der Altherrenschaft verhöhnen lassen?“

Man hat wohl schon manchmal konstatiert, daß Ludendorff allmählich reif zur irrenärztlichen Behandlung wird; da er nun schon das durchaus völkische Couleurstudententum für verjudet hält, dürfte diese Einsicht sich auch in den Kreisen durchsetzen, die ihm bisher Gefolgschaft geleistet oder ihm Achtung entgegengebracht haben und damit dürfte seine politische Tätigkeit endgültig erledigt sein.

Das Programm der Berliner A.-C.-Tagung — Politischer Bericht der Exekutive — Palästinaarbeit und Joint Survey Commission

London, 5. Juli. (JTA.) Die Tagesordnung für die am 19. Juli in Berlin beginnende Tagung des Aktionskomitees der Zionistischen Weltorganisation wird soeben vom Zentralbüro der Zionistischen Organisation bekanntgegeben, wobei bemerkt wird, daß Änderungen und Ergänzungen vorbehalten seien. Die Tagesordnung umfaßt Berichte der Exekutive über die politische Lage, die Palästinaarbeit (Kolonisation, Einwanderung, Arbeit, Unterricht und Gesundheitswesen) und über die Joint Palestine Survey Commission; ferner Berichte über die Tätigkeit der Zentralinstitutionen, wie Jüdische Kolonialbank, Keren Kajemeth und Keren Hajessod, einen Bericht über die Fragen der Palästinaanleihen, über Ausbildung von Immigranten, über die Budgets der palästinischen und der Londoner Exekutive für das Jahr 5689 (laut § 49a des Statuts der Organisation); endlich einen Bericht der Exekutive über Organisation nebst Vorschlägen über Ausbau derselben, sowie Vorschläge des Präsidiums des Aktionskomitees, die Fragen des A.-C. betreffen. Auf der Tagesordnung steht auch noch die Wahl eines Mitglieds der Exekutive an Stelle des ausscheidenden Dr. M. B. Eder, sowie die Zuwahl eines Mitglieds des Direktorenausschusses des Keren Kajemeth und die Behandlung des Kongreßbeschlusses über die Einrichtung eines Revisorenamtes. Ferner ein Antrag betreffend Übertragung des Eigentums der Hebräischen Universität an das Universitätskuratorium, sowie schließlich die Behandlung jener Resolutionen des 15. Kongresses, die dem A.-C. zwecks weiterer Aktion zugewiesen worden sind.

Das große Balfourbankett in London

Zum ersten Male ist die historische Guildhall (das Londoner Rathaus) für eine jüdische Veranstaltung zur Verfügung gestellt worden, nämlich für das große Balfourbankett, das vom Komitee zur Errichtung eines Balfourwaldes in Palästina am 3. Juli veranstaltet worden ist. Dieses Diner

gestaltete sich, wie aus London telegraphiert wird, zu einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung für den Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina. Den Vorsitz führte der Präsident des Komitees, Major Nathan. Die Reihe der Redner eröffnete Lord Melchett (Alfred Mond). Für die Regierung sprach Minister Lord Birkenhead, aus dem linken Lager Frau Ethel Snowden. Sodann sprachen der frühere Vizekönig von Indien, Lord Reading, Chiefrabbi Hertz und James de Rothschild. Zum Schluß hielt der Lordmayor von London eine Begrüßungsrede. Die Sammlung zugunsten des Balfourwaldes auf dem Boden des Keren Kajemeth bei Ginegar brachte ein Ergebnis von £ 16 000. Von größeren Beiträgen seien erwähnt £ 5000 von Bernhard Baron und £ 1000 von Lord Melchett. (Ziko.)

Lord Melchett Präsident der englischen zionistischen Föderation

London, 9. Juli. (JTA.) Die gestern in London stattgefundene Jahreskonferenz der englischen zionistischen Föderation wählte Lord Melchett (Alfred Mond) zu ihrem Präsidenten. Ferner wurden der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Chaim Weizmann, zum Ehrenpräsidenten, Rev. J. K. Goldbloom zum Ehrenvizepräsidenten und der bisherige Präsident der Föderation, Philipp Guedalla, zum Vizepräsidenten gewählt.

Dem Bericht von Simon Marks war zu entnehmen, daß die Keren-Hajessod-Eingänge in England im Berichtsjahre nur 22 000 Pfund (gegen £ 41 000 im vorangegangenen Jahre) betragen haben. Das Sinken der Einkommenziffer sei daraus zu erklären, daß im vergangenen Jahre Herr Bernhard Baron £ 25 000 gespendet hat, während in diesem Jahre die Sonderbeiträge nur £ 10 000 betrugen. In diesem Jahre wurden aber außerhalb des Rahmens des Keren Hajessod £ 9000 von Lord Melchett für die Arbeitslosen in Palästina gesammelt. — Herr Roß, der den Bericht des Jüdischen Nationalfonds erstattete, erklärte, das Ergebnis der diesjährigen Sammlung für den Nationalfonds sei ein solches, daß man die Möglichkeit hat, mehr Bäume in Palästina zu pflanzen als in den letzten 26 Jahren zusammengenommen.

(Über die Stellungnahme der englischen Zionisten zum Bericht der Jewish Agency Untersuchungskommission berichten wir an anderer Stelle dieses Blattes.)

Die Judenfrage in Rumänien auf dem Kongreß der Union der Völkerbundgesellschaften

Haag, 3. Juli. (JTA.) Der Kongreß der Union der Völkerbundgesellschaften, der am 1. Juli im Haag mit seinen Beratungen begann, ging nach längeren Erörterungen über die Prinzipien und die Probleme des Minderheitenschutzes in die Behandlung der Judenfrage in Rumänien ein, die schon den letzten, in Berlin stattgefundenen Kongreß eingehend beschäftigt hat. Von rumänischer Seite wird mitgeteilt, daß die Debatte einen überaus konzilianten Charakter trug. Es wurde eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß die rumänische Regierung und die rumänische öffentliche Meinung die Unruhen von Groß-Wardein verurteilten und daß sich die Lage der Juden in Rumänien verbessert.

Synagogenschändung in Polen — Die Bundeslade erbrochen

Warschau, 5. Juli. (JTA.) Im Städtchen Swilin, Distrikt Radom, ist in der Nacht die Synagoge von unerkannt gebliebenen Tätern geschändet worden. Am Morgen fand man die Tür zur Synagoge gesprengt, die Thora-Lade und die Thora-Rollen in Stücken zerfetzt herumliegen. Die jüdische Gemeinde ist in Trauer versetzt.

Rabiater Antisemitismus in den Sowjetfabriken

Moskau, 8. Juli. (JTA.) Die Charkower jiddische Tageszeitung „Der Stern" veröffentlicht eine Reihe weiterer Fälle von rabiatem Antisemitismus in den Sowjet-Fabriken. In der Kiewer Fabrik „Sichel und Hammer" griff eine Gruppe Arbeiter einen jüdischen Arbeitskollegen mit eisernen Knütteln und der Feuerwehrspritze an und zwang ihn, die Fabrik zu verlassen. Die kommunistische Fabriksaufsicht griff nicht ein. Ähnliche Tatsachen werden aus der Charkower Fabrik „Lenin" mitgeteilt.

Ein Schulkonflikt in Palästina

Jerusalem, 5. Juli. (JTA.) Die Vertreter des Misrachi im Erziehungsrat der Zionistischen Organisation haben unter Protest gegen die von dem jetzigen Leiter des Unterrichts-Departements der Zionistischen Exekutive Palästinas, Dr. Berkson, getroffenen Sparmaßnamen im Unterrichtsbudget ihren Austritt aus dem Erziehungsrat erklärt. Die Durchführung dieser Maßnahmen, erklären die Misrachi-Vertreter, würde den Ruin des Misrachi-Schulwerks bedeuten. Dr. Berkson habe kein Recht gehabt, 65 Misrachi-Lehrer ohne die Einwilligung des Misrachi-Schulinspektors zu entlassen; dies stehe im Widerspruch zu der vom Zionistenkongreß angenommenen Schulverfassung. Im übrigen wird mitgeteilt, daß etwa 200 Lehrer

und Kindergärtnerinnen aus Sparsamkeitsgründen von der Exekutive entlassen werden würden.

Der durch das Ausscheiden der Misrachivertreter aus dem Erziehungsrat entstandene Konflikt wird das am 19. Juli in Berlin zusammentretende Aktionskomitee beschäftigen. Als Vertreter des Misrachi haben sich Rabbi Mayer (Berlin) und Rabbi Fishmann zur Teilnahme an den A.-C.-Sitzungen nach Berlin begeben.

Der Etat der Palästina-Regierung für das Jahr 1928

Der Ausgabenetat der Palästina-Regierung für das Jahr 1928 beträgt £ 2 443 77. Davon entfallen u. a. auf Polizei £ 363 656, Öffentliche Arbeiten £ 273 654, Staatsschuld- und Anleihetilgung £ 175 000, Unterrichtswesen £ 143 619, Gesundheitswesen £ 105 460, Administration £ 127 619. — Das Defizit der Palästinaverwaltung für die ersten 3 Monate 1828 beläuft sich auf 1 137 033.

Steuerfreiheit für öffentliche Institutionen in Palästina

Jerusalem, 3. Juli. (JTA.) Soeben ist hier eine Regierungsverordnung veröffentlicht worden, wonach religiöse, Unterrichts- und Wohlfahrts-Institutionen von Steuerleistung und Zollabgabe befreit sind.

Die Prügelstrafe in palästinischen Gefängnissen abermals vor dem Unterhaus

London, 3. Juli. (JTA.) In der Sitzung des Unterhauses fragte Colonel Wedgwood den Kolonienminister, warum die Palästinaregierung die Forderung der palästinischen Arbeiterföderation nach Abschaffung der Prügelstrafe in den palästinischen Gefängnissen zurückgewiesen habe. Kolonienminister Amery erwiderte, dem Ersuchen der Arbeiterföderation konnte nicht stattgegeben werden, weil die Prügelstrafe für Verstöße in den Gefängnissen allgemein als für die Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig angesehen wird.

Colonel Wedgwood: Weiß der Minister, daß selbst in der Türkei die Prügelstrafe in den Gefängnissen abgeschafft worden ist? Weiß er, daß in Palästina eine Art Jagd auf Kommunisten veranstaltet worden ist und will die Regierung dem Einhalt gebieten? — Amery: Ich weiß nichts von einer Kommunisten-Jagd in Palästina. Die Prügelstrafe ist bei Verstößen gegen die Gefängnisdisziplin notwendig.

Feuilleton

Von Juden im alten Wien

Von Ludwig Bato

In dem rührigen Wiener Phaidon-Verlag Wien erschien vor einiger Zeit ein Buch Ludwig Batos: „Die Juden im alten Wien“, das objektiv, in historischer Treue, auf umfangreichen archivalischen Studien aufbauend, und doch in eleganter und spannender Darstellung einen Bericht über die wechselvollen Geschicke der Juden in Wien gibt. Eine Fülle interessanter Episoden machen die Lektüre des Buches auch für den reizvoll, der sonst wissenschaftlicher Literatur aus dem Wege geht; eine Anzahl von Porträtreproduktionen der bedeutendsten Führer der Wiener Juden ergänzen wirkungsvoll den Text. Das Kapitel, das wir im folgenden zum Abdruck bringen, wird sicher manchen zur Beschäftigung mit dem wertvollen Buche anregen.

Auf den neuen Zeitgeist sind auch die Regierungsmethoden des aufgeklärten Josef II. eingestellt, der den Juden und dem Judentume wohl wenig Achtung entgegenbringt, seinen jüdischen Untertanen gegenüber aber trotzdem eine gewisse Milde walten läßt, da er hofft, auf diese Weise die Auflösung des Judentums und die Beseitigung des ihm stets als Schreckgespenst erscheinenden Talmuds leichter herbeiführen zu können, als durch die brutale, herzlose Strenge seiner Vorfahren.

Schließlich kommt noch ein Moment hinzu: die französische Revolution, die, im Grunde genommen, die soziale Ergänzung und Krönung des durch den geistigen Umsturz begonnenen Werkes darstellt. Sie vollendet die Umwälzung in der Denkungsart des achtzehnten Jahrhunderts, sie spricht zum ersten Male die völlige Gleichstellung der Juden mit den übrigen Bürgern des Staates aus und tritt für die Assimilation in die Bresche.

Die Summe all dieser Umstände wirkt bestimmend auf die Lebensgestaltung der Wiener Judenschaft. Ihre gebesserte soziale Stellung glauben sie mit dem alten Judentume nicht mehr in Einklang bringen zu können und so geht die Abkehr von ihm Hand in Hand mit ihrem sozialen Aufstieg. Die einst so eifrig besuchten Betstuben der Familien Oppenheimer, Wertheimer und anderer vornehmer Juden stehen nun vereinsamt und verlassen da, die wenigen Andächtigen — meist sind es erst vor kurzem zum Aufenthalte zugelassene oder nur vorübergehend in Wien weilende Volksgenossen — versammeln sich in einem Bethause, das in dem armseligen Zinshause zum „weißen Stern“ eingerichtet wird.

Die Wiener Juden, des schirmenden Daches der jüdischen Gemeinde durch die Staatsgewalt beraubt, sind allen Stürmen und Nöten der Zeit schutzlos preisgegeben. Sie entbehren in diesen schweren Zeitläufen mehr denn je des engen Zusammenlebens in der Gemeinschaft, der jüdischen Schule und der lenkenden Hand des geistigen Führers. Der vor hundert Jahren geleistete Verzicht auf das jüdische Gemeinwesen erweist sich als ein viel zu hoch bezahlter Preis für das Recht des Aufenthaltes in Wien.

Indes wäre es ein Unrecht, wollte man die Erscheinung des Abfalls verallgemeinern. Die überwiegende Mehrheit der Wiener Judenschaft bleibt trotz der täglichen Verlockungen der prachtvollen Kaiserstadt dem Judentume treu und

bekundet viel mehr Widerstandskraft als die Berliner Judenheit, die in dieser Zeit ein Drittel ihrer Seelen an das Christentum abgibt. Es kommen sogar Fälle vor, daß bei Taufen vornehmer Familien die eine Ehehälfte — zumeist die Frau — dem Judentume treu bleibt. Die Gattin des Karl Abraham Freiherrn v. Wetzlar, Eleonore Baronin Wetzlar von Plankenstern, bleibt bis zu ihrem Tode eine treue Jüdin, wiewohl ihr Gatte und ihre zehn Kinder zum Christentum übergetreten sind. Dasselbe ist auch bei der Mutter des berühmten Freiherrn von Sonnenfels der Fall. Das Gebäude steht fest, wenn auch hier und da der Mörtel abbröckelt.

Die Getauften werden jenseits der trennenden Brücke zumeist mit hohen Ehren angenommen. Einer der ersten Wiener Juden, der in dieser Zeit die Taufe nimmt, ist Abraham Wetzlar, einer der Gründer des Heiligen Vereines, der die Gültigkeit der frommen Satzungen durch eigenhändige hebräische Unterschrift bekräftigt hatte. Sein Ansehen und seine persönlichen Beziehungen reichen so weit, daß Fürst Esterhazy ihn zu seinem Testamentvollstrecker bestellt, was immerhin — insbesondere in Ungarn — noch großes Aufsehen erregt. Er wird nach seiner Taufe in den Freiherrnstand erhoben, und der frischgebackene Karl Reichsfreiherr von Wetzlar-Plankenstern, ein reicher, kunstverständiger Mann, der auch Mozart tatkräftig fördert, verschwägert sich durch die Heirat seiner Töchter mit den feudalsten Familien Österreichs. Und man begreift es: der Schwiegervater der Grafen Festetich, Clary und Triangi kann und will nicht mehr den Rüsttag des Neumondes in Buße und Einkehr begehen. Dem Beispiel Wetzlars folgt ein Sprößling einer vornehmen Wiener Familie: Josef Michael Edler v. Arnsteiner, Sohn des Adam Isaak Arnsteiner.

Aber viel größer ist die Zahl und Bedeutung der auswärtigen Konvertiten, die sich in Wien niederlassen. Die erste Rolle unter ihnen spielt wohl die Familie Sonnenfels. Lipman Berlin, Sohn des Rabbi Michael des Frommen in Berlin, läßt sich zunächst in Eisenstadt, dann in Nikolsburg nieder, wo er mit seinen Söhnen Franz, Anton und Josef die Taufe nimmt und sich von nun an Alois Wiener nennt. Seine brave jüdische Frau bleibt dagegen dem Judentum treu, weshalb er sich kurzerhand von ihr lossagt.

Franz von Lothringen, Gemahl der Kaiserin Maria Theresia, der der Alchimie mit Leib und Seele ergeben ist, verschafft dieser Geheimkunst eine neue Blütezeit. Am Wiener Hofe steht die im Westen zu dieser Zeit bereits belächelte Alchimie noch in hohem Ansehen und wird auch in den vom Kaiser begünstigten Freimaurerlogen eifrig betrieben. Dies macht sich Wiener zunutze, befaßt sich eingehend mit alchimistischen Spekulationen, so daß der Kaiser auf ihn aufmerksam wird, ihn nach Wien beruft, wo er ihn in jeder Weise zu fördern sucht. So wird Wiener zum Lehrer der orientalischen Sprache an der Wiener Universität ernannt, zum Dolmetsch für Hebräisch bei verschiedenen Gerichten und Behörden bestellt und 1746 mit dem Prädikat „von Sonnenfels“ — das er fürderhin als Familiennamen benützt — in den Adelsstand erhoben. 1747 veröffentlicht er sein halb hebräisch, halb deutsch geschriebenes alchimistisches Werk: „Or Noga, Splendor luxis oder Glantz des Lichtes, enthaltend eine kurze Physico-Cabalistische Auslegung des größten Natur-Geheimnuß, insgemein Lapis Philosophorum genannt.“ Dieses im Geschmacke des frömmelnden, gegen die freieren Bestrebungen des Westens abgesperrten damaligen Österreichs gehaltene und mit kabbalistischen Tabellen ausgestattete Buch umfaßt — neben der immer wiederkehrenden Beteuerung der christlichen Rechtgläubigkeit des Verfassers — eine auf kabbalistische Auslegung von Bibelstellen und auf verschiedenen Zeichensystemen der Geheimkunst aufgebaute alchimistische Theorie.

Trotz der hohen Förderung sind seine finanziellen Verhältnisse durchaus keine glänzenden. In den Nachlässen Wiener Juden erschient er oft als Schuldner kleiner Beträge, die zu den verlorenen gezählt werden. 1751 befindet er sich bereits im Schuldenarrest.

Zur großen Berühmtheit gelangt sein noch im Judentum geborener und erzogener jüngerer Sohn Josef (1733 bis 1817), der nach einem wechselvollen Soldatenleben durch adelige Beziehungen im Alter von dreißig Jahren zum Professor der „Polizei- und Kameralwissenschaften“ an der Wiener Universität ernannt wird. Die Professur bedeutet für ihn aber lediglich die gesicherte Lebensstellung, sein Ehrgeiz strebt höheren Zielen nach; er ist vom Wunsche beseelt, deutscher Schriftsteller zu werden. Seiner übertriebenen Eitelkeit schmeichelt es, als einer der ersten das bisher in Österreich brachliegende Feld der Literatur zu bebauen, wobei er — da er auf allen Gebieten besser beschlagen sein will als die Fachgelehrten — nach dem Urteil eines modernen Forschers eine „vielseitige Oberflächlichkeit“ bekundet.

In der 1761 gegründeten „Deutschen Gesellschaft“ spielt er schon eine bedeutsame Rolle und wird später Präsident der Akademie der Wissenschaften. Trotz aller Ehrungen bleibt aber der Schriftsteller das Primäre bei ihm und selbst nach seinem Aufstieg — er wird 1779 wirklicher Hofrat und 1797 in den Reichsfreiherrnstand erhoben — geizt er nach literarischen Lorbeeren. Diese ganz ungewöhnliche Neigung Sonnenfels‘ ist zweifelsohne auf seine jüdische Abstammung zurückzuführen.

Seine eigentliche große Bedeutung für Österreich und seine Berühmtheit erlangt er aber eigentlich durch seine erfolgreiche Bemühung um die Reform des Strafgesetzes und vor allem um die Abschaffung der Tortur. Auch sein Standbild vor

dem Wiener Rathause stellt ihn in einer Pose dar, wie er auf die Folterwerkzeuge tritt.

Sonnenfels gehört gewiß zu den großen Vorkämpfern für wahre Menschlichkeit, sein Freigeist, der sich immer bewährt, scheitert aber an einer Klippe: an seiner jüdischen Abstammung. Ist es nicht merkwürdig, daß er, der sich gerne den „Mann ohne Vorurteil" nennt — er gibt auch eine Zeitschrift dieses Namens heraus — und der im Schatten des Thrones eine große Rolle spielt, mit ängstlicher Scheu jede Spur seiner Abstammung zu verwischen sucht und seiner jüdischen Mutter nicht die geringste Erwähnung tut, obwohl er in seinen zahlreichen Briefen recht oft dazu Gelegenheit hätte?

Noch einen nennenswerten Täufling hat das Wiener geistige Leben aufzuweisen: den Abbé Lorenzo Da Ponte (1749 bis 1838), den Librettisten Mozarts. Diese venetianische Jude, der in der koketten Abbésoutane des achtzehnten Jahrhunderts steckt, dichtet das Textbuch von „Figaro", „Don Juan", „Cosi fan tutte" und wie die zierlichen Opern alle heißen. Hochbetagt beschließt er sein wechselvolles Leben als Theaterdirektor jenseits des Ozeans, in Neuyork.

Eine bemerkenswerte Figur im geistigen Wien ist auch Franz Thomas Schönfeld (1755 bis 1793), Sohn des angesehenen Brünner jüdischen Tabakpächters Salomon Dobruschka. Als Jude heißt er Moses Dobruschka, heiratet die Adoptivtochter des Primators der böhmischen Landesjudenschaft Joachim Popper, schreibt 1775 unter dem Titel „Sefer ha-schaaschna" („Buch des Vergnügens") einen hebräischen Kommentar zum philosophischen Werke „Bechinett olam" des Jedaja Penini aus Beziers (13. Jahrhundert) und läßt sich noch im selben Jahre taufen. Er geht zum Militär und wird Leutnant im Infanterieregiment Nr. 37; bald darauf erscheint er in Wien als Direktorstellvertreter der Garellischen Bibliothek des k. k. Theresianums. Hier veröffentlicht er eine ganze Reihe von Werken: „Über die Poesie der alten Hebräer", „Ein Schäfergedicht in eben dieser (hebräischen) Sprache", „Eine geschätzte hebräische Übersetzung des Pythagoras goldener Sprüche". 1778 wird er mit seinen fünf Brüdern, die ebenfalls zum Christentum übergehen, in den Adelstand erhoben. 1793 geht er in einer politischen Mission nach Frankreich, wo er, von den Franzosen ergriffen, noch im selben Jahre unter der Guillotine den Tod findet.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Bar-Kochba, München. Am Sonntag, dem 15. Juli, vormittags ab 9.30 Uhr, findet ein großes allgemeines Training für sämtliche Abteilungen statt. Es spielen die I. und II. Handballmannschaft in derselben Aufstellung wie am vergangenen Sonntag gegeneinander. Wir erwarten, daß beide Mannschaften vollzählig antreten, damit die Mannschaften endgültig für die am 11. August beginnenden Verbandsspiele aufgestellt werden können. Das weitere Training für Handball findet Donnerstag ab 7 Uhr, für Leichtathletik am Dienstag ab 7 Uhr jeweils auf dem Sportplatz an der Säbener Straße statt. Die Leitung.

Bar-Kochba, München. Damenabteilung. Wir haben uns entschlossen, wieder eine Damensportabteilung zu gründen, die hauptsächlich Leichtathletik und Handball betreiben soll. Wir kommen damit einem Wunsche unserer Damenabteilung entgegen und hoffen, daß die Damen nun ihr großes Interesse durch regelmäßigen und zahlreichen Besuch des Trainings beweisen werden. Dieses findet unter Leitung von Hermann Renka erstmals am Sonntag, dem 15. Juli, vormittags 9.30 Uhr, auf dem Sportplatz an der Säbener Straße statt. Weiteres Training jeden Donnerstag ab abends 7 Uhr ebenfalls auf dem Sportplatz (Säbener Straße). Die Leitung.

Bar-Kochba. Jugendabteilung. Das Training der Jugend- und Knabenabteilung, das nunmehr Herr Josef Orljansky übernommen hat, findet regelmäßig an folgenden Tagen statt: für die Jugend: Sonntag vormittags ab 9.30 Uhr, sowie Dienstag und Donnerstag ab nachmittags 6 Uhr; für die Knaben Sonntag vormittag ab 9.30 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag nachmittags ab 5 Uhr jeweils auf dem Sportplatz an der Säbener Straße. Wir erwarten regelmäßiges und pünktliches Erscheinen. Anmeldungen werden auf dem Sportplatze entgegengenommen. Die Leitung.

Jüdisches Kammerorchester München. Proben finden noch statt am 18. und 25. Juli abends 8.15 Uhr im Lessingssaal. Anschrift: M. Goldberg, Kurfürstenplatz 4.

Bamberg. Am 27. Juni fand hier auf Einladung jüdischer Sportanhänger eine Versammlung statt, die sich mit der Gründung eines **jüdischen Turn- und Sportvereins** beschäftigte. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob die Jugend für sich turnen und Sport treiben oder sich einem allgemeinen Turn- und Sportverein anschließen solle. Die Diskussion wurde leider von Gegnern des jüdischen Sportgedankens dazu benutzt, um die anwesenden Zionisten in einer sehr unsachlichen, teilweise persönlich verletzenden Form anzugreifen. U. a. wurde auch der schon so oft widerlegte Vorwurf, die Zionisten wären schlechtere Deutsche als die übrigen Juden, gebracht. In sachlicher und überzeugender Weise legten sowohl Herr R.-A. Dr. Weichselbaum als auch Herr Rabbiner Dr. Rülf die Unrichtigkeit dieser Behauptung unter dem Beifall der Versammlungsmehrheit dar. Beide Herren traten warm für den jüdischen Sportgedanken ein. Am Schluß der Aussprache schlug Herr R.-A. Dr. Oster (Vorstand des C.-V.) eine Resolution vor, deren wesentlicher Inhalt war, daß in Bamberg kein Bedürfnis nach einem jüdischen Turn- und Sportverein bestehe. Diese Resolution wurde ge-

gen eine kleine Minderheit abgelehnt. Herr Alfred Katz schlug hierauf eine Resolution vor, welche die Notwendigkeit der Sportbetätigung für die jüdische Jugend, soweit sie nicht in allgemeinen Vereinen sei, innerhalb eines jüdischen Vereins bejahte. Diese Resolution wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Das Resultat des Abends war die Gründung bzw. der Ausbau einer selbständigen Sportgruppe mit eigener Leitung im Rahmen des Jüdischen Jugendvereins.

Münchener Spendenausweis Nr. 29
vom 3. bis 10. Juli 1928

Allgemeine Spenden:
ירחמאל כ"ץ מאחל את כבוד יועץ המשפטים ד"ר א. שטרויס לחג יובלו ברכות מאליפות RM. 3.—.

Henny und Jakob Reich grat. Dr. M. J. Gutmann und Frau RM. 1.— = 4.—.

Goldenes Buch Frieda und David Horn: Gesamtausschuß der Ostjuden grat. Justizrat Dr. E. Straus zum 50. Geburtstag RM. 3.—; derselbe kond. Herrn D. Horn 2.—; Dr. Leo und Rosl Feuchtwanger kondolieren Herrn D. Horn 3.—; Familie Arnold Kohn desgl. 3.—; Henny und Jakob Reich desgl. 1.—; Herr und Frau Feuer desgl. 2.—; Dr. M. J. Gutmann und Frau kondolieren den Familien Lichtenauer, Dr. Schäler und Horn 3.—; Herr und Frau J. Kluger kondolieren Herrn D. Horn und grat. Herrn und Frau Ziegler zur Geburt des Sohnes 2.—; Tina und Schl. Monheit grat. Herrn Justizrat Dr. E. Straus sowie Dr. M. J. Gutmann und Frau 1.—; dieselben kondolieren Herrn D. Horn und Hans Machol 1.— = 21.—.

Bäume: Dr. Elias Straus-Garten: Dr. M. J. Gutmann und Frau grat. Herrn Justizrat Dr. E. Straus zum 50. Geburtstag, Familie Ziegler zum Sohn, Familie Feuchtwanger und Saposchnik zur Vermählung 1 Baum RM. 6.—; Dr. A. Weihl und Frau grat. Herrn Justizrat Dr. E. Straus zum 50. Geburtstag 1 Baum 6.—; Dr. Alfred Perlmutter anläßl. Herzls Todestag 1 Baum 6.—.

Sarah Reich s. A.-Garten: Henny und Jakob Reich grat. Herrn Justizrat Dr. Elias Straus zum 50. Geburtstag 1 Baum RM. 6.—.

Abraham Lichtenauer s. A.-Garten: Justin Lichtenauer anläßl. Herzls Todestag 1 Baum RM. 6.—.

Dr. Igo-Feuchtwanger s. A.-Garten: Dr. Leo und Rosl Feuchtwanger dem Andenken ihres lieben Siegfried Thanhauser 1 Baum RM. 6.—; S. Goldscheider und Frau anläßl. der Jahrzeit uns. unvergeßl. Sohnes Dr. Anton Goldscheider 1 Baum 6.— = 42.—.

Materialverkauf: 1 N.-F.-Telegramm 50 Pf.

Büchsen: Franz Rosenbaum RM. 6.80. Summa: 74.30. Gestmtsumme seit 1. Oktober 1927: 5487.93.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 29. Juni 1928

Spendenbuch: Herr und Frau Karl Heßlein anläßlich Verlobung ihrer Tochter RM. 20.—; Herr und Frau Julius Langstadt anläßlich Konfirmation ihrer Tochter 10.—.

Allgemeine Spenden: Tellersammlung anläßlich Misrachi-Ortsgruppenabend 6.16.

Imi-Tasche: Albert Salzer 9.—.

Büchsen: durch Jakob Rapaport: Dr. Isaak Bamberger RM. 17.18; Abraham Zuckermann 16.12; Frau Horwitz 13.10; Jakob Erlanger 6.—; Alb. Fröhlich 5.—; Rapaport 3.34; Gretl Herzberg 3.23; Hammelbacher 2.45; Chaim Katz, Leop. Desser, Theilheimer je 2.—; Neumeyer, Guldmann je 1.— = RM. 74.42.

Durch Hanni Nußbaum: Dr. Alb. Löb 6.—; Nathan Nußbaum 5.70; Arthur Braun, Fritz Goldschmidt je 5.—; Sondhelm 4.—; Herzfelder 2.30; Dr. Kahn, Fleischmann je 1.— = RM. 30.—.

Durch Tilde Nußbaum: Frau Henny Kahn RM. 15.52; Franz Steinhardt 7.—; Dr. M. Nußbaum 6.54; Siegfr. Kahn 5.39; August Ney 5.—; Dr. Rudolf Liebstädter 1.76; Dr. Jakob —.50, Graf —.43 = RM. 42.14.

Durch Bernhard Fleischmann (Fürth): Braude RM. 7.—; Buchner 4.42; Ludwig Perlmutter 2.39; H. Berditschewsky 1.65; N. N. —.50) = RM. 15.96.

Durch Hans Stein (Fürth: Viktor Kusmirek RM. 6.31; Brom, Bendit je 1.— = RM. 8.31.

Summe: RM. 215.99.

Seit 1. Oktober aufgebracht: RM. 7000.65.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 6. Juli 1928

Spendenbuch: Herr und Frau J. Kahn anläßl. Konfirmation ihrer Tochter RM. 10.—; durch Rosi Birnbaum (Fürth): (Herr M. Strauß zum Tode seiner Frau, Frl. Eva Mayer anl. ihrer Verlobung je RM. 5.—) = 10.—.

Allgem. Spenden: Herr Sal. Sturm (Burghaslach) RM. 5.—.

Wertzeichen: Herr Dir. Spiro für 10 N.-F.-Telegramme RM. 5.—.

Büchsen: durch Robert Altmann: (Adolf Steinhardt RM. 15.91; Hommel 2.10; Ullmann 2.—; Steinberg 1.—) = 21.01.

Durch Karl Rawicz: (Salomon Heinemann RM. 9.05; S. Schönwalter 6.30; A. Ellern 5.—; Franc 3.80; Leo Katzenberger 3.40; Dr. Oppenheimer 2.—; Schmuckler 1.10; Fisch 1.08; Selling, Späth je 1.—; Berliner —.50) = 34.23.

Durch Hans Stein (Fürth): (Starkhaus RM. 5.43; Feuchtwanger 1.59; Heinemann 1.—) = 8.02.

Durch Margot Krisch (Fürth): (Schlesinger RM. 1.83; Lodner 1.67; Marcus Rawicz 1.—) = 4.50.

Lischer (Fürth) RM. 4.10. Summa: 101.86. Seit 1. Oktober 1927 aufgebracht 7102.51.

Würzburger Spendenausweis vom 2. Juli 1928

Büchsen: Georg Koffler RM. 6.15; Käthe Buxbaum 4.49; N. Gerstl 1.66; N. N. Rimpar 2.—.

Im Spendenbuch: Bettina Stern (Hammelburg) anläßlich ihrer Verlobung RM. 10.—; von einer Hochzeit 10.—; desgleichen 5.—; S. S. anläßlich ihres Geburtstages 15.—; Fließ, Telegr. 1.—; zusammen RM. 55.30.

Würzburger Spenden-Ausweis

Imi der Frau Sarah Seligsberger RM. 10.50.

Büchsen: Dr. S. Remigolski RM. 8.37.

Büchsen in Laudenbach: H. Oppenheimer RM. 16.37; Frau Höbel 13.30; Hecht 7.30; Jak. Hirschenberger 2.70; Hirschenberger 1.—; Manfred Adler 2.—; Laz. Korn 2.40; W. L. Frank 1.60; Cilli Frank 1.20; Leop. Hirsch, Joseph Hirsch, M. Keinfurtner je 1.—; Rothschild 2.25. Gesamtsumme: 71.99.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.